

Niederschrift
über die Sitzung des Integrationsrates
am 29.11.2023

Tagungsort: Else-Zimmermann-Saal, Technisches Rathaus
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 21:35 Uhr

Anwesend:

Mitglieder

Frau Murisa Adilovic
Frau Dr. Asma Ait Allali
Herr Robert Alich
Herr Murat Aykanat
Herr Jan Banze
Herr John Simon Chowdry
Frau Hanane El Alaoui
Herr Cihad Kefeli
Herr Kamal Madougou-Zongo
Frau Tanja Orlowski
Herr Klaus Rees
Herr Jan Maik Schlifter
Frau Brigitte Stelze
Frau Miriam Welz
Herr Cemil Yildirim
Herr Jürgen Zilke

Stellvertretende Mitglieder

Frau Sarah Labarbe

Nicht anwesend:

Mitglieder

Frau Jana Bohne
Herr Vincenzo Copertino

Referenten

Herr Reher	AK Asyl e.V.	TOP 5
Herr Roebbers	Jugendberufsagentur	TOP 6

Verwaltung

Herr Nürnberger	Erster Beigeordneter, Dez. 5
Herr Wörmann	KI, Leitung
Frau Terbrack	KI, Geschäftsstelle Integrationsrat, Schriftführung

Zu Punkt

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Die Vorsitzende Frau Adilović begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Zu Punkt 1

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 29. Sitzung des Integrationsrates am 08.11.2023

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Beschluss:

Der öffentliche Teil der Niederschrift über die 29. Sitzung des Integrationsrates am 08.11.2023 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2

Mitteilungen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

-.-.-

Zu Punkt 2.1

Berichte aus den Arbeitskreisen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Herr Alich berichtet aus dem Arbeitskreis Bildung und Schule:
Nach der Präsentation zum Thema HSU durch den Schulamtsdirektor Herrn Rammert in der Sitzung des Integrationsrates am 27.09.2023 sei ein gemeinsames Treffen vereinbart worden. Dabei habe man sich darüber

verständigt an ausgewählten Standorten auf die Angebote des HSU verbessert hinzuweisen. Außerdem werde angestrebt den Umfang des HSU auf 2 mal 1,5 h pro Woche zu verteilen.

Herr Wörmann ergänzt, dass zur besseren Bewerbung u. a. mehrsprachige Flyer gedruckt würden. Die Auflage würde aus Restmitteln finanziert. Der AK Bildung und Schule wird gebeten zu seiner nächsten Sitzung eine*n Mitarbeiter*in des KI einzuladen.

Der Integrationsrat nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 2.2

Kundgebung am 30.01.2024 auf dem Jahnplatz

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Die Vorsitzende Frau Adilovic informiert über einen Aufruf zum solidarischen Zusammenhalt. Die Kundgebung findet am 30.01.2024 auf dem Jahnplatz statt. Der Text des Aufrufs wird als Tischvorlage verteilt und ist im Folgenden abgedruckt:

„Aufruf

Solidarischer Zusammenhalt statt rechtem Populismus, Rassismus und Antisemitismus!

Rechtsextreme Parteien erreichen zweistellige Wahlergebnisse, Antisemitismus ist an der Tagesordnung, völkisches Denken und Verschwörungsmethoden finden zunehmend Unterstützung. Verschärft wird diese Situation in unserem Land durch eine politische Diskussion auf dem Rücken von gesellschaftlichen Minderheiten, dem Versuch der Ausgrenzung sogenannter „irregulärer Migrant*innen“ und durch den wachsenden Einfluss rechter und rechtsextremistischer Positionen.

Populistische Vereinfachungen, Hass und Hetze gegen Menschen und Verächtlichmachung demokratischer Institutionen schaffen ein gesellschaftliches Klima der Verunsicherung und lösen Zukunftsängste aus. Demokrat*innen müssen aufhören, sich beim Thema Migration mit unrealen Bedrohungsszenarien zu überbieten. Davon profitieren rechtspopulistische und rechtsextremistische Parteien und Gruppierungen, wie die AfD.

Als Demokrat*innen stehen wir dafür ein, dass auch Geflüchtete ein Recht auf Würde haben. Sie sind weder die Ursache von Bildungs- und Pflege-notstand noch von Wohnungsmangel. Sie sind Menschen in Not und brauchen deshalb weiterhin unsere Unterstützung.

Gefährdet durch politische und gesellschaftliche Rechtsentwicklungen ist

nicht nur der soziale und solidarische Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Gefährdet sind auch die Grundwerte und die Grundsätze unserer Demokratie. Dieser Entwicklung stellen wir uns entschieden entgegen. Wir lehnen jede Zusammenarbeit mit rechtsextremen und faschistischen Parteien und Organisationen ab.

Bielefeld hat eine starke und vielfältige Zivilgesellschaft, die eindeutig für den Zusammenhalt und gegen alle Versuche der Spaltung unserer Stadtgesellschaft einsteht.

- Gemeinsam treten wir ein für ein gleichberechtigtes, solidarisches und vielfältiges Miteinander - gegen Hass und Hetze.
- Gemeinsam stehen wir gegen Rassismus, Antisemitismus und jede Form von Diskriminierung.
- Gemeinsam schützen wir Menschenrechte und Demokratie in Bielefeld, Deutschland und der EU.

Kundgebung am **30.01.2024 um 18 Uhr** auf dem Jahnplatz.“

Der Integrationsrat nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 2.3 50 Jahre - Jubiläumsfeier

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Die Feier des Integrationsrates anlässlich des 50-jährigen Jubiläums findet statt am Donnerstag, 25.01.2024. Im AK Öffentlichkeitsarbeit laufen dazu die Vorplanungen. Die Einladung zur Feier soll in der Woche vor Beginn der Weihnachtsferien (51. KW) verschickt werden.

Der Integrationsrat nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 3 Anfragen

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer:

Es liegen keine Anfragen vor.

-.-.-

Zu Punkt 4 Anträge

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer:

Es liegen keine Anträge vor.

-.-.-

Zu Punkt 5 Vorstellung des AK Asyl e.V. Berichterstattung: Tobias Reher

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer:

Der Referent Herr Reher stellt anhand einer Präsentation den AK Asyl e. V. vor und beantwortet anschließend die Fragen des Gremiums.

-.-.-

Zu Punkt 6 Vorstellung der Jugendberufsagentur Bielefeld Berichterstattung: Christian Roebers

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer:

Der Referent Herr Roebers stellt anhand einer Präsentation die Jugendberufsagentur Bielefeld vor und beantwortet anschließend die Fragen des Gremiums.

Die Präsentation ist als Anhang Nr 1 Bestandteil der Niederschrift.

Zu Punkt 7

Weiterführung des Integrationsbudgets

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7083/2020-2025

Zum TOP werden zwei mündliche Anträge gestellt, der erste durch Herrn Rees, der zweite durch Frau El Alaoui.

Herr Nürnberger erläutert das Vorgehen bei der Verwendung des Integrationsbudgets: Die Verwaltung werde Vorschläge für Handlungsschwerpunkte zur Mittelverwendung machen und hierzu im zweiten Schritt konkrete Handlungsvorschläge zur Diskussion in den politischen Gremien stellen. In diesem Rahmen werde dem Integrationsrat ausreichend Zeit für die Diskussion der Vorschläge und der Verteilung der Mittel eingeräumt.

Der Integrationsrat diskutiert darüber, wann der richtige Zeitpunkt für die konkrete Aufteilung der Mittel sei. Einerseits wird für eine inhaltliche Schwerpunktsetzung ohne Mittelhinterlegung plädiert, andererseits wird eine frühzeitige Reservierung von Mitteln angestrebt.

Herr Rees stellt einen Antrag vor, den die Koalition aus SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen für den SGA vorbereitet hat (Tischvorlage).

Zur Beschlussvorlage der Verwaltung 7083/2020-2025 stellt Herr Rees folgenden mündlichen Änderungsantrag:

3. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Integrationsrat und den weiteren zuständigen Ratsgremien zeitnah inhaltliche Schwerpunkte sowie konkrete Maßnahmen zur Verwendung des Integrationsbudgets vorzuschlagen, die ausschließlich der Integration von Geflüchteten und zugewanderten Menschen dienen (z. B. Sprachkurse, Maßnahmen zur Arbeits- und Ausbildungsaufnahme, Qualifizierungsangebote, Unterstützung bei der Anerkennung von Berufsausbildungen, Stärkung der Elternarbeit in Kitas und Schulen).

neu: 4. Die im Rahmen dieses Integrationsbudgets beschlossenen Maßnahmen sind Projektförderungen, die zunächst nur für den Projektzeitraum gefördert werden. Eine automatische Übernahme in eine Regelförderung durch die Kommune ist nicht vorgesehen.

Die Vorsitzende Frau Adilovic lässt über den ergänzten Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen:

Der Integrationsrat empfiehlt dem Rat zu beschließen:

1. Zur Finanzierung von die Integration fördernden Maßnahmen wird

dem Integrationsbudget ein Betrag in Höhe von 3 Mio. Euro zugeführt.

2. Die Zuführung erfolgt aus Haushaltsentlastungen, die durch die vom Land NRW sowie dem Bund zur Verfügung gestellten Zuwendungen zur Aufnahme, Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten entstehen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, **den dem Integrationsrat und den weiteren zuständigen Ratsgremien zeitnah inhaltliche Schwerpunkte sowie konkrete Maßnahmen zur Verwendung des Integrationsbudgets vorzuschlagen, und auf dieser Basis konkrete Maßnahmevorschläge zu erarbeiten und den Fachgremien vorzulegen** die ausschließlich der Integration von Geflüchteten und zugewanderten Menschen dienen (z. B. Sprachkurse, Maßnahmen zur Arbeits- und Ausbildungsaufnahme, Qualifizierungsangebote, Unterstützung bei der Anerkennung von Berufsausbildungen, Stärkung der Elternarbeit in Kitas und Schulen, Bewerbung HSU, Bewerbung Existenzgründung, kultursensible Pflege).
4. **(neu) Die im Rahmen dieses Integrationsbudgets beschlossenen Maßnahmen sind Projektförderungen, die zunächst nur für den Projektzeitraum gefördert werden. Eine automatische Übernahme in eine Regelförderung durch die Kommune ist nicht vorgesehen.**

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

Der Integrationsrat möchte diesen Antrag um die konkreten Punkte: Bewerbung HSU, Bewerbung Existenzgründung und kultursensible Pflege ergänzen.

Nach einer Sitzungsunterbrechung (18:55 - 19:05 Uhr) stellt Frau El Alaoui folgenden mündlichen Antrag:

„Kommunikationsmaßnahmen zur Förderung der Anmeldungen zum herkunftssprachlichen Unterricht und zur Bekanntmachung der Angebote zur Existenzgründungsberatung in 2024“

1. Der Integrationsrat bekräftigt seinen Beschluss vom 18.10.2023 zur besseren Kommunikation des herkunftssprachlichen Ergänzungsunterrichtes und zur zielgruppenorientierten Kommunikation der bestehenden Existenzgründungsberatung.
2. Darüber hinaus bittet der Integrationsrat um die Aufnahme einer Projektförderung zur kultursensiblen Pflege.
3. Die Finanzierung in der Größenordnung von insgesamt 100.000 Euro erfolgt im Umfang von 16.000 Euro aus Restmitteln des Integrationsbudgets aus 2023 und im restlichen Umfang aus dem in 2024 weiterzuführenden Integrationsbudget (beschlossen durch Drucksache 7083/2020-2025). Die Verwaltung wird gebeten, diesen Bedarf in ihre

Vorschlagsliste zur Verwendung dieser Mittel mit Priorität einzustellen.

Begründung:

Kompetenzen in der Herkunftssprache sind kein Integrationshindernis, sondern erleichtern nachweislich auch den deutschen Spracherwerb und stärken vor allem die Kompetenzen von Kindern mit nicht-deutscher Herkunftssprache. Durch höhere Teilnehmerzahlen können zusätzliche Stellen für Lehrkräfte organisiert werden. Ausgaben zur Erhöhung der Teilnehmerzahlen können also eine große Hebelwirkung für die Bildungsqualität in Bielefeld erzeugen.

Bielefelderinnen und Bielefelder mit nicht-deutscher Herkunftssprache haben zum Teil deutlich schwerere Zugänge zu mit unternehmerischer Tätigkeit verbundener Kommunikation mit Verwaltung und Behörden. Zugleich ist die Bereitschaft, Unternehmen zu gründen oder zu übernehmen, stark ausgeprägt. Die bestehenden Beratungsangebote sind in der Zielgruppe zu wenig bekannt. Die Kommunikation in Herkunftssprachen und über bislang durch IHK und Handwerkskammer nicht genutzte Kanäle kann dies substantziell verbessern.

Der Antrag wird im Gremium kontrovers diskutiert.

Einerseits werden konkrete Vorschläge zur verbesserten Bewerbung der Existenzgründungsberatung gemacht: Zusätzlich zu Flyern und der Verlinkung auf der Homepage des KI solle eine Agentur beauftragt werden und die Zielgruppe per Serienbrief persönlich angeschrieben und informiert werden. Die Reservierung von konkreten Summen wird befürwortet, um eine spätere Umverteilung zu vermeiden.

Andererseits zeigen sich Mitglieder irritiert darüber, dass die im Antrag genannten Projekte bevorzugt würden, indem bereits zum jetzigen Zeitpunkt konkrete Summen dafür reserviert werden sollen.

Herr Nürnberger findet die im Antrag gesetzten Prioritäten „fachlich gewagt“ und würde sich eine andere Verteilung der Mittel wünschen.

Die Verwaltung weist darauf hin, dass der HSU im Verantwortungsbereich des Schulamtes läge.

Daneben wird erläutert, dass zur Sicherstellung der Finanzierung aus Restmitteln des Integrationsbudgets aus 2023 (16.000 Euro) ein Beschluss erforderlich sei, sodass für die Januar-Sitzung des IR eine Beschlussvorlage vorbereitet werde.

Das Gremium geht davon aus, dass das KI mit einem Informationsschreiben betroffene Eltern über den HSU informieren könne.

Dies wird durch die Verwaltung verneint, da der HSU im Verantwortungsbereich des Schulamtes läge. Die Verneinung wird auf Wunsch von Herrn Schlifter zu Protokoll gegeben.

Die gewählten Mitglieder des Integrationsrates weisen Parteipolitik in ihren Sitzungen und Versuche der Bevormundung zurück.

Abschließend bittet die Vorsitzende Frau Adilovic um Abstimmung über den Antrag von Frau El Alaoui und stellt folgendes Ergebnis fest:

Dem Antrag wird mit Mehrheit bei einer Enthaltung zugestimmt.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8

Integrationsbudget - Weiterführung von Sprachangeboten

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7118/2020-2025

Ohne Aussprache fasst der Integrationsrat folgenden

Beschluss:

Der Integrationsrat empfiehlt:

1. Die Sprachtraining-Angebote für Frauen – „Deutsch im Alltag“ – werden im Jahr 2024 fortgeführt und durch das Integrationsbudget weiterfinanziert.
2. Die quartiersnahen Sprachtreffs werden im bisherigen Umfang in im Jahr 2024 fortgeführt und durch das Integrationsbudget weiterfinanziert.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 9

Berichte aus den Ausschüssen

Berichte aus den Ausschüssen liegen nicht vor.

-.-.-

Zu Punkt 10

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Zu Punkt 10.1 Projekt "Eltern mischen mit"

Herr Wörmann berichtet über die Aktivitäten des KI im Rahmen des Projekts „Eltern mischen mit“. Anfang November seien die Migrant*innenorganisationen per Rundschreiben über das Projekt, seine Ziele, die Auftaktveranstaltung am 03.02.2024 und die Beteiligungsmöglichkeiten informiert worden.

Sowohl das Rundschreiben als auch der Projekt-Flyer wurden als Tischvorlage verteilt.

-.-.-

Zu Punkt 10.2 Verwendung der Restmittel des Integrationsbudgets durch das KI - Antrag vom 18.10.2023

Der Bericht der Verwaltung zur „Verwendung der Restmittel des Integrationsbudgets durch das KI – Antrag vom 18.10.2023“ wird vorgezogen und im Rahmen von TOP 7 „Weiterführung des Integrationsbudgets“ gegeben.

-.-.-

gez. Murisa Adilovic (Vorsitzende)

gez. A. Terbrack (Schriftführung)